

Schäuble und Abschiebung – Merckels Gäste integrieren?

Können sie sich noch an die Versprechen der Altparteien erinnern? Die Gäste von Frau Merkel, die seit 2015 nahezu ungehindert zu uns strömen, bekommen Asyl auf Zeit und werden zurückgeführt, wenn der Krieg vorbei ist?

Nun hat der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in erstaunlicher Art und Weise unsere Befürchtungen bestätigt – und für die #CDU, die sich ja als „Rechtsstaatspartei“ deklariert, eine weitere Bankrotterklärung abgegeben.

In einem Interview mit der Welt am Sonntag erklärte Schäuble:

„Wir sollten uns klar machen, wie schwer es ist, im Einzelfall abzuschieben. Deswegen sollten wir auch nicht allzu stark die Hoffnung schüren, dass wir die Großzahl dieser Menschen zurückführen können.“ Sein bizarrer Vorschlag lautet stattdessen: „Eher sollten wir alle Kraft dafür aufbringen, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.“

Das Recht gilt nicht mehr, wenn der „Einzelfall“ es will?

Die Politik der CDU wird sich nicht ändern. 2019 hat es Mitteldeutschland im wahrsten Sinne des Wortes in der Hand, zu den anstehenden Landtagswahlen die einzige #Alternative, die #AfD, zur stärksten Kraft zu machen. Dann werden sich die Altparteien wundern, was doch alles möglich ist.

Wir gedenken der Opfer – 57. Jahrestag des innerdeutschen Mauerbaus

Als das DDR-Regime am 13. August 1961 die Grenze zur Bundesrepublik über Nacht schloss, und somit für fast 40 Jahre die Teilung Deutschlands beförderte, war der Protest der deutschen Linken nicht wahrnehmbar. Als in Folge der Grenzschließung 1000-1300 Personen, die Dunkelziffer liegt wohl weit höher, erschossen, zerfetzt oder von Landminen verstümmelt worden waren, gab es keinen Protest des linken Komplexes. Aber als sich die Zeichen auf Einheit verstärkten, die „Wir sind das Volk“-Rufe immer unüberhörbarer worden, da war die deutsche Linke auf der Straße.

Nicht aber, um den Protestlern im Osten beizustehen, nein, das Ziel ihres Widerstandes war die „Deutsche Einheit“ selbst. So hatte Joschka Fischer als Fraktionsvorsitzender der Grünen im hessischen Landtag gefordert: „Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aus der Verfassung streichen.“

Oskar Lafontaine legte als stellvertretender SPD-Vorsitzender am 18.12.1989 beim Parteitag in Berlin nach: „Wiedervereinigung? Welch' historischer Schwachsinn!“

In völliger Verkennung der Mehrheitsmeinung in der DDR-Bevölkerung meinte der damalige DGB-Vorsitzende Ernst Breit noch 1989 feststellen zu müssen, dass die deutsche Zweistaatlichkeit „mittlerweile in der politischen Diskussion unumstritten“ sei. Unvergessen ist das Bild der Grünen Claudia Roth, Jutta Ditfurth und Angelika Beer, die selbst im Mai 1990 noch gegen die „Annexion“ der DDR waren, und sich hinter einem „Nie wieder Deutschland“-Spruchband versammelten.

Wir erinnern heute an die unzähligen Opfer der innerdeutschen Grenze, und wir mahnen diejenigen, die mit Schießbefehlen auf Deutsche haben schießen lassen und sich nun rein waschen wollen. Jene, die einst gegen die Grenzöffnung waren, profilieren sich heute, mit der moralischen Keule der One World-Ideologie bewaffnet, unter der Anleitung einer CDU-Kanzlerin zu den Hauptakteuren der illegalen Grenzöffnung unserer Zeit.

Wenn man historisch etwas gelernt haben sollte, dann die Devise, dass Linke beim Thema Grenze immer falsch liegen, und das man genau das Gegenteil dessen tun sollte, was sie fordern.

Mut und Beherztheit

Abgelehnter 28-jähriger syrischer Asylbewerber stach einem Mann Messer in den Hals, Mitarbeiter von Jens Maier kam zu Hilfe und die Lückenmedien machen ihrem Namen wieder mal alle Ehre

Am Dienstag wurde einer meiner Mitarbeiter von der Berliner Polizei

(<https://www.facebook.com/PolizeiBerlin/photos/a.253825908134854.1073741828.167233600127419/910515015799270/?type=3&theater>)

für seinen Mut und seine Zivilcourage ausgezeichnet. Auch RBB berichtete darüber

(https://www.rbb-online.de/zibb/archiv/20180710_1830/hilfe-ehre-ung.html)

– natürlich politisch korrekt, aber nicht ganz vollständig. Hintergründe zum Täter, wie sie in dem Urteilsspruch des Amtsgerichts Tiergarten bekannt wurden, fehlten komplett.

Der Messerstecher, ein 28-jähriger Syrer, dessen Asylantrag schon 2011 rechtskräftig abgelehnt worden war, war bereits

zweifach vorbestraft. Seine Ausreise scheiterte bislang daran, dass er seiner Pflicht zur Mitwirkung bei der Beschaffung von Passersatzdokumenten nicht nachkam. Nachdem er sich im Februar diesen Jahres in den Räumlichkeiten eines Berliner Verwandten aufhielt und hierbei Drogen und Alkohol konsumierte sowie lautstark Musik hörte, reichte es der Vermieterin. Sie beauftragte einen Hauswart, das spätere Opfer, damit, das Schloss der Haustür auszutauschen. Hierauf griff der Täter den Hauswart zunächst mit einem abgebrochenen Besenstiel an, woraufhin erstmals die Polizei kommen musste. Der Syrer äußerte hierbei, in Deutschland sei sowieso alles „Sch...“, er wolle eigentlich nach Pakistan. Am Abend desselben Tages trafen Täter und Opfer im Bus erneut aufeinander.

Die Richterin stellte zweifelsfrei fest, dass der Täter das deutsche Opfer als „Schweinefresser“ beleidigte, und konstatierte, dass es Rassismus offenbar auch in derartiger Form gebe. Als das Opfer den Bus verließ, folgte ihm der Täter, hielt es von hinten fest und fügte dem Opfer mit einem Messer einen sechs Zentimeter langen Schnitt am Hals zu, der knapp die Luftröhre und den Facialis-Nerv des Opfers verfehlte. Hierbei setzte er so viel Kraft ein, dass der Schnitt selbst durch die Jacke des Opfers unter dessen Haut ging. Bei seiner Festnahme leistete der Täter noch erheblichen Widerstand gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten und verletzte einen der Polizisten. Sowohl die Staatsanwältin als auch das Gericht waren sich einig, dass sie selten eine derart das Leben gefährdende Behandlung verhandelt hatten.

Dass der Täter nicht wegen versuchten Totschlages vor Gericht stand, sei nur der Tatsache geschuldet, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht ausgeschlossen werden könne, dass der Täter seinen Versuch des Totschlages freiwillig aufgegeben habe, als er sah, dass sein Opfer nicht tot sei. Auch äußerte das Gericht seine Verwunderung darüber, dass die Anklage der Tat durch die Staatsanwaltschaft bei einem Einzelrichter erfolgte und nicht bei einem

Schöffengericht oder einem Landgericht. Andernfalls wäre ein höheres Strafmaß zu erwarten gewesen. Immerhin, die zweijährige Freiheitsstrafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt.

Ich gratuliere meinem Mitarbeiter für dessen besonnenes Handeln und seinen persönlichen Einsatz bei seiner Hilfe für ein Opfer von Gewalt und seiner Zivilcourage bei der Aufklärung einer Straftat.

Geh nicht mit Fremden, hörten wir schon unsere Eltern sagen

Die Befürchtungen haben sich leider in traurige Gewissheit verwandelt. Nach neusten Ermittlungen hat die spanische Polizei eine Frauenleiche unweit einer Tankstelle in Asparrena in Nordspanien gefunden. Die Tote, die teilweise verbrannt ist, konnte zwar noch nicht vollständig identifiziert werden, der mutmaßliche Täter, der Marokkaner Merebet B. (41), hat aber mittlerweile gestanden. Ob dem Tod eine Sexualstraftat vorausgegangen war, werden die Ermittlungen zeigen.

Sophia stieg am Donnerstag vor einer Woche in einen LKW ein, um von Leipzig nach Amberg zu trampeln. Sie hat, wie ihre Familie, einen linksliberalen bis linken politischen Hintergrund und trat als Studentin für die SPD an.

Wie aber kann ein junges Mädchen so unbedarft in einen LKW einsteigen?

Sollte nicht spätestens nach Köln der mögliche Umgang von maghrebinischen Männern mit Frauen – wie statistisch tausendfach erwiesen! – aufgrund eines anderen Frauenbildes, bekannt sein?

Die politisch-mediale Indoktrination der Altparteien zerstört die menschlichen (Überlebens) Reflexe. Jeder hört seine Eltern sagen: „Geh nicht mit Fremden mit!“ Diese daraus abgeleiteten Vorurteile sind zutiefst menschlich und vor allem vollkommen in Ordnung, sie haben über die Jahrtausende dazu beigetragen, dass der Mensch gegen Gefahren bestanden hat.

Wer diese Ursprünge, diese Grenzen menschlichen Daseins abbaut und einreißt, macht sich mitschuldig am Tod von Sophia und vieler anderer. Es ist tragisch, dass dafür nun (wieder) ein Mädchen sterben musste.

Wir trauern ganz ehrlich um Sophia, denn sie hatte aufgrund ihrer linksliberalen Beeinflussung keine Chance.

„Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“

1990 strahlten unseren Farben Schwarz-Rot-Gold noch groß und stolz auf unseren Trikots. Über die Jahre verschwanden die drei Farben immer mehr. Zuletzt 2006 zur Heim-WM konnte man noch die Zuordnung zu Deutschland erkennen, 2010 gab es nur noch einen ganz schmalen Streifen und heute sucht man vergeblich nach unseren Nationalfarben. Ähnlich verhält es sich mit dem Mitsingen unserer Nationalhymne und dem Stolz für Deutschland aufzulaufen.

Erinnern wir uns an Karl-Heinz Rummenigge, der betonte, er sei froh „für unser Vaterland“ spielen zu dürfen. Und Toni Schumacher rief 1986 beim Empfang der Nationalmannschaft am Frankfurter Römer: „Ich bin Stolz ein Deutscher zu sein“. Das alles ist lange her.

Heute heißt die deutsche Nationalelf nur noch „Mannschaft“, eine Multikulti-Truppe, die kaum noch die Hymne mitsingt, von Stolz für dieses Land zu spielen keine Rede. Stattdessen befinden sich Spieler in dieser Mannschaft, die einem Erdogan Respekt zollen, der gerade Österreich mit einem neuen „Krieg zwischen Kreuzfahrern und dem Halbmond“ droht. Vom Mannschaftstrainer bis zur Verbandsführung ganz zu schweigen, die das ja alles irgendwie mittragen und verharmlosen.

Freuen wir uns als Fußballfans wenigstens auf viele gute Spiele.

Die Politik der offenen Grenzen und des Nichtabschiebens ist tödlich!

Der bestialische Mord und die Vergewaltigung von Susanna durch einen illegalen Einwanderer, der keinen Asylstatus hatte sondern hier geduldet wurde, zeigt einmal mehr das völlige Versagen unseres Systems und und die absolute Herrschaft des Unrechts.

Die folgende Chronologie zeichnet ein Bild des Schreckens über die brutale Gewalt, die ohne Not illegal ins Land geschleppt wurde und ein Bild des organisierten Versagens der zuständigen Behörden.

Chronik des Schreckens und Versagens

Dienstag, 22.5. Susanna kommt abends nicht nach Hause. Nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler wird sie abends oder in der Nacht vergewaltigt und umgebracht.

Mittwoch, 23.5. Ihre Mutter meldet sie bei der Polizei am Wohnort in Mainz als vermisst. Auch die Polizei in Wiesbaden wird eingeschaltet, da Susanna zuletzt dort in der Innenstadt unterwegs war.

Dienstag, 29.5. Die Mutter von Susanna bekommt abends von einer Bekannten ihrer Tochter eine Mitteilung, dass Susanna tot sei und ihre Leiche an einem Bahngleis liege. Sie wendet sich daraufhin an die Polizei in Mainz und Wiesbaden. Die Beamten können aber die Hinweisgeberin zunächst nicht befragen, weil sie auf Kururlaub mit ihrer Mutter ist.

Mittwoch bis Samstag, 30.5. bis 2.6. Die Polizei setzt bei der Suche unter anderem einen Hubschrauber ein, findet nach eigenen Angaben aber nichts. Der Tatverdächtige Ali Bashar flüchtet den Ermittlern zufolge mit seinen Eltern und Geschwistern aus der Flüchtlingsunterkunft in Wiesbaden-Erbenheim. Am Düsseldorfer Flughafen zeigen sie Flugtickets, die auf anderen Namen ausgestellt gewesen waren, als ihre Aufenthaltspapiere für Deutschland. Des weiteren haben sie sogenannte Laissez-passer-Dokumente bei sich gehabt haben, Passierscheine, in arabischer Sprache, ausgestellt von der irakischen Botschaft. Die Passfotos stimmen überein, die Namen jedoch nicht. Sie dürfen trotzdem Richtung Istanbul ausreisen.

Sonntag, 3.6. Gegen 18.30 Uhr meldet sich ein 13-Jähriger, der in derselben Flüchtlingsunterkunft wie der verdächtige 20-Jährige wohnt. Er hat sich erst nach der Ausreise des Tatverdächtigen getraut, die Behörden zu informieren und nennt den möglichen Tatort und Ali Baschar als möglichen Täter.

Montag bis Mittwoch, 4.6. bis 6.6. Zwischen 300 und 400 Polizisten sind mit dem Vermisstenfall beschäftigt. Am Mittwochnachmittag wird eine weibliche Leiche neben einem Bahngleis gefunden. Am Mittwochabend wird ein zudem ein verdächtiger Türke (35) festgenommen.

Donnerstag, 7.6. Die Polizei gibt bekannt, dass Susanna tot

ist. Sie wurde vergewaltigt und ermordet.

Zu Ali Baschar: Ali Baschar stellte in Deutschland einen Asylantrag, indem er behauptete, er würde von der kurdischen PKK verfolgt. Dieser Asylantrag ist am 30.12.2016 abgelehnt worden, er klagte dagegen, verlor abermals, wurde aber in Deutschland geduldet. Der mutmaßliche Mittäter und Freund Baschars gab im Gegensatz dazu als Asylgrund an, selbst Kämpfer der PKK gewesen zu sein. Da scheint etwas nicht zu stimmen.

Ali Baschar hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Polizistin der Stadtpolizei angegriffen, einen schweren Raub mit einem Messer begangen, er stand im Verdacht, eine 11-jährige im Flüchtlingsheim vergewaltigt zu haben sowie an mehreren Schlägereien beteiligt zu sein. Der Polizeipräsident sagte dazu lapidar: „Er war nicht besonders in Erscheinung getreten bis zum Frühjahr.“

Dies alles reichte laut Polizeiführung nicht aus, um einen Haftbefehl auszusprechen.

Zusammengefasst muss man sagen, dass Mädchen könnte noch unter uns sein. Aufgrund des politischen Versagens der Altparteien von CDU bis Die Linke ist ein unschuldiges Leben bestialisch ausgelöscht worden. Die Politik der offenen Grenzen und des Nichtabschiebens ist tödlich!

Hetze gegen die AfD im

Klassenzimmer hat Folgen:

Am 27.09.2017, drei Tage nach der Bundestagswahl, ist es am Beruflichen Schulzentrum für Gastgewerbe Dresden „Ernst Lößnitzer“, Ehrlichstraße 1, 01067 Dresden zu einem brisanten Vorfall gekommen. Eine Lehrerin hatte den Auszubildenden im Bildungsgang Hotelfachmann/-frau ein selbst erstelltes Arbeitsblatt im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichtes ausgehändigt.

Dieses Arbeitsblatt trug den Titel: „AfD Wahlerfolgscocktail „Blaues Wunder““. Auf dem Arbeitsblatt befand sich darüber hinaus folgender Text:

„Man nehme:

2 ml Angst vor Terror

2 ml Angst vorm sozialen Abstieg

1 ml Hass auf das „System“

1 ml Hass auf die Kanzlerin (die angesichts der inhumanen Zustände in Ungarn 2015 einen kühnen, zutiefst humanen Entschluss gefasst hatte)

einen Schuss preußischen Militarismus

einen Löffel EU-Ablehnung

mehrere Tropfen Chauvinismus

Das Ganze sollte man gut und stramm mischen

Wundern Sie sich nicht, falls Ihnen die Lösung leicht bräunlich erscheint. Das liegt an der Natur der Zutaten. Garnieren sie (sic!) den Cocktail mit einem zarten Weide(l)nzweig.

Servieren Sie ihn mit patriotischem Stolz oder mischen Sie alles einem regionalen Bier bei.

Mögliche (gewollte) Nebenwirkungen: Blindheit-Taubheit-Wahnvorstellungen-Jagdgelüste..

P.S. Die Zutaten sind im Osten Deutschlands preiswert und in großen Mengen vorhanden. Aus Gründen!!! (sic!)“

Wie mir weiterhin bekannt wurde, war die Aushändigung dieses Arbeitsblattes mit folgendem Arbeitsauftrag an die Schüler verbunden:

Wie erklären Sie den Wahlerfolg der AfD? Setzen Sie sich mit dem Gedicht/Text auseinander! Klären Sie vorab vorhandene Begriffe! Finden Sie Pro und Kontra!“

Weiterhin drohte die Lehrerin mutmaßlich den Schülern dieser Klasse damit, Ihnen die Note 6 zu geben, wenn sie sich weigern sollten, diesen Arbeitsauftrag zu

erfüllen. Indes verwehrte sich der Großteil der Schüler der Anweisung, eine entsprechende Ausarbeitung vorzunehmen.

Auf Grundlage dieser Informationen kontaktierte ich im März 2018 den zuständigen Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz, welcher mir in diesem Monat ausführlich antwortete.

Herr Staatsminister Piwarz gab im Antwortschreiben zu, dass der Vorfall bis dato weder dem Landesamt für Schule und Bildung noch dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus bekannt war. Darüber hinaus findet auch er die Quellenauswahl als bedenklich und schreibt: „Im hier zu beurteilenden Fall wäre der Einsatz einer inhaltlich vergleichbaren Quelle, zum Beispiel aus einem Satiremagazin, sicher unbedenklicher gewesen.“ Gleichzeitig rügt der Kultusminister auch die formalen Fehler des Arbeitsblattes, bei dem Datum, Überschrift, Zielstellung, Quelle und Arbeitsauftrag fehlen. An dieser Stelle wäre ein Referendar durch die Examensprüfung gefallen!

Im Gegensatz zu meiner Auffassung sieht der Kultusminister jedoch bislang keinen Verstoß gegen den „Beutelbacher Konsens“, der u.a. ein Überwältigungsverbot, also keine politische Indoktrination der Schüler als Maßgabe des Gemeinschaftskundeunterrichtes, vorschreibt.

Unterdessen bestätigt der Kultusminister, dass gegen die betreffende Lehrerin „auf Grundlage aller schriftlichen und mündlichen Aussagen (der Lehrerin) und der Stellungnahme der Schulleiterin derzeit fach- und dienstaufsichtliche Maßnahmen geprüft (werden).“ Ein Erfolg für die Alternative für Deutschland.

Hass auf die stärkste Kraft im Bundesland hat keine Zukunft im Klassenzimmer.

Mit alternativen Grüßen

Ihr Jens Maier

Die linke Einheitsfront im Kampf gegen die Zukunft Deutschlands.



Am Sonntag demonstrierte die Alternative für Deutschland in der Bundeshauptstadt Berlin. Die Themen sind aktueller denn je, ist doch weder die Euro- noch die Flüchtlingskrise ausgestanden, der soziale Frieden immer noch bedroht und die innere Sicherheit seit der illegalen Grenzöffnung auf Eis gelegt. Kurzum, es ist legitim und richtig, dagegen auf die Straße zu gehen!

Auf den Plan gerufen hat die Demonstration aber auch die vom Staat alimentierten Moralprediger des linken Mainstreams. Angefangen bei der Kirche, über Gewerkschaften bis hin zu linken Parteien hat sich die gesamte linke Querfront im Kampf gegen die AfD aufgegriffen, um ihren eigenen Schattendasein zu entkommen.

Gemeinsam rief man zum (gewaltsamen) Kampf gegen eine Partei, die zur Bundestagswahl über 6 Millionen Wähler von sich überzeugen konnte, und aus dem Stand zur stärksten Oppositionskraft wurde. Wer die Wahrheit spricht, lebt gefährlich in diesen Zeiten.

Wir aber lassen uns davon nicht abbringen. Unser Weg ist der Richtige, diesen gehen wir konsequent und erhobenen Hauptes!
Der Freiheit eine Gasse!

Zeit für Veränderung – Zeit für die #AfD!

Seid Ihr noch richtig in der deutschen Nationalmannschaft?

☒ Die beiden Fußballspieler Mesut Özil und Ilkay Gündogan haben für einen Eklat gesorgt. Beide trafen sich in London mit dem türkischen Despoten Recep Tayyip Erdogan. Gündogan schenkte ihm dabei sogar ein Trikot mit der Aufschrift: „Mit großem Respekt für meinen Präsidenten.“

Pikant, beide spielen für die deutsche Nationalmannschaft, nicht für die türkische. Wie die Loyalitäten jedoch verteilt sind, dürfte zumindest jetzt eindeutig sichtbar sein.

Man stelle sich vor, was geschehen würde, wenn sich andere Nationalspieler mit AfD-Politikern fotografieren lassen würden. Da würde kein Einziger mehr den grünen Rasen betreten dürfen, obwohl die AfD eine demokratische Partei ist!

Die mittlerweile in der zweiten und dritten Generation hier lebenden Türken haben sich nie wirklich integriert. Sie sind gedanklich und politisch immer noch tief in Anatolien verwurzelt. Nur so lässt sich auch das Ergebnis des „Türken-Referendums“ erklären, bei dem 2/3 der wahlberechtigten Türken in Deutschland den Autokraten gewählt hatten.

Ilkay Gündogan hat im Gegensatz zu Mesut Özil sogar noch die türkische Staatsbürgerschaft. Er ist ein Nutznießer der doppelten Staatsbürgerschaft, die die Altparteien gemeinsam beschlossen haben. Ein besseres Argument gegen diese konnten die Zwei nicht liefern!

Am Ende muss die Frage erlaubt sein, ob sie noch in der richtigen Mannschaft spielen und ob sie nicht künftig besser mit dem Halbmond-Trikot auflaufen sollten?

Brüssel will Deutschland und seine Pendler sanktionieren!



Brüssel will Deutschland
und seine Pendler
sanktionieren!

Die EU-Kommission will Deutschland und fünf weitere EU-Länder wegen angeblich schlechter Luft verklagen. Dabei zögern die hohen Beamten auch nicht davor, Fahrverbote in deutschen Städten durchzusetzen, garniert mit Strafzahlungen, die bis zu 400.000 Euro am Tag für eine Stadt betragen können.

Dabei sind die Grenzwerte für Außenluft, die aus Brüssel diktiert werden, irrsinnig niedrig. An Arbeitsplätzen darf die Belastung der Luft um ein Vielfaches höher sein als an einer befahrenen Kreuzung. Gleichzeitig findet die Messung in Städten nie im Querschnitt, sondern nur an vielbefahrenen Straße statt.

Die Dieselfahrer sind jedoch nicht für das gegenwärtige Desaster verantwortlich, sondern die EU-Parlamentarier von CDU und FDP, die wissenschaftlich unbegründbare Grenzwerte vorschreiben. Die Dieselfahrer können sehen, wo sie bleiben. Ihre Diesel-Gebrauchtwagen mit Euronorm 5 sind kaum mehr verkäuflich. Wie es für Pendler und Handwerker mit Dieselfahrzeugen weitergeht, ist ebenfalls völlig unklar. Die sächsische Staatsregierung müsste an dieser Stelle an der Seite der vielen sächsischen Pendler und Handwerker stellen, und die Weisungen aus Brüssel ignorieren, stattdessen schweigt sie lieber!

Seit mehr als drei Jahren ist der Bundesregierung bekannt, dass Fahrverbote drohen und die deutsche Autoindustrie schweren Schaden nehmen kann. Dabei ist der Diesel ein sauberes Auto. Er hat einen sparsamen Verbrauch, verfügt über einen hohen Wirkungsgrad und kann im Vergleich zum E-Auto sauber entsorgt werden. Auf dieses Versprechen haben sich die Verbraucher gestützt, dass die Politik sie jetzt nachträglich enteignet, ist ein weiterer Skandal! Dazu muss man wissen, dass lediglich 92.000 der 540.000 Dieselfahrzeuge in Sachsen über die akzeptierte EURO 6 Norm verfügen. Was geschieht mit den restlichen Autos?

Es kann nur eine logische Schlussfolgerung geben. Die Kompetenzen, die wir zur Europäischen Union abgegeben haben, müssen wieder nach Deutschland zurück!

Zeit, diesen Apparat in Brüssel abzuschaffen – Zeit für die [#AfD!](#)